

Tsipras hat den moralischen Anspruch der EU erkannt

Thema: „Im Nein steckt eine große Niederlage“, 77.

In der Zeit vor der Regierung Alexis Tsipras wurden über 300 Mrd. Schulden angehäuft und der Staat nahe an den Bankrott gewirtschaftet.

Da innerhalb der EU schon allein aus humanitären Gründen ein Mitgliedsstaat nicht einfach so fallen gelassen werden darf, wurden umfangreiche europäische Rettungspakete geschnürt. Allerdings haben nur die größten Optimisten wirklich geglaubt, dass Griechenland diese Darlehen samt den Zinsen fristgerecht zurückzahlen kann.

Der griechische Staat musste die EU-Gelder hauptsächlich für die Tilgung seiner

Schulden aufwenden. Dies spürte der Großteil der griechischen Bevölkerung empfindlich.

Den Unmut der griechischen Bevölkerung nutzte Alexis Tsipras. Momentan hat Griechenland kein Geld und kann seine Schulden an die EU nicht zurückzahlen. Die griechische Wirtschaft ist in einer tiefen Rezession und ein Aufschwung nur äußerst schwierig umsetzbar. Rohstoffe sind auch kaum vorhanden.

Da sich die EU als Staatengemeinschaft sieht, wird ihr wahrscheinlich nichts anderes übrig bleiben, als weiter die Griechen zu unterstützen. Dabei könnte es durchaus sein, dass diese Unter-

stützung in ein „Fass ohne Boden“ gelangt.

Die Fehler sind leider schon viel früher gemacht worden, indem Griechenland in die EU aufgenommen wurde, obwohl es die Aufnahmekriterien nicht erfüllte. Auch ist es in den damaligen EU-Verträgen offenbar versäumt worden, für solche Fälle Maßnahmen vorzusehen. Die Rettungspakete vor einigen Jahren war nur ein Versuch, den Griechen zu helfen. Doch die Regierung Tsipras hat den moralischen Anspruch der EU erkannt und nützte diese nun eiskalt aus.

Richtig negativ wird es für die EU, wenn das Vorgehen der Griechen auch bei anderen schwächeren EU-Staaten Schule macht. Ein relativ klei-

nes Land wie Griechenland mit knapp 10 Mio. Einwohnern kann von den reichen EU-Staaten wahrscheinlich aufgefangen werden.

Mittel- und langfristig gesehen läuft der an sich großartige EU-Gedanke einer friedlichen Staatengemeinschaft darauf hinaus, dass die Staaten mit überwiegend leistungswilligen Bürgern die Staaten mit schlechter wirtschaftlicher Organisation und Leistung unterstützen müssen. Das Ergebnis wird sein, dass sich alle EU-Staaten in etwa auf dem gleichen und demzufolge niedrigeren Niveau einpendeln werden.

DI Richard Obendorfer
6073 Sistrans